

Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. zum Austritt der USA und Israel aus der UNESCO

Weberstraße 59a
53113 Bonn
Tel.: 0228/201 67-0
Fax: 0228/201 67-33
post@kupoge.de
www.kupoge.de

UNESCO ist völkerrechtlich und als diplomatische Plattform unverzichtbar

Laut US-Außenministerium werden die USA per Jahresende 2017 die UN-Kultur- und Bildungsorganisation verlassen. Laut Medienberichten war der Entscheidung ein Streit über die UNESCO-Mitgliedschaft der palästinensischen Autonomiebehörde vorausgegangen. Israel hat angekündigt, ebenfalls den Austritt zu vollziehen.

Die UNESCO ist ein internationales Forum für die Zusammenarbeit in Bildung, Kultur, Wissenschaft und Kommunikation. Von herausragender Bedeutung sind ihre völkerrechtlichen Instrumente wie etwa die Welterbekonvention von 1972; diese war jetzt auch Stein des Anstoßes, als die Altstadt von Hebron im Westjordanland zum Weltkulturerbe ernannt wurde. Israel bewertete dies als »Fake History« und protestierte scharf. Für die Kulturpolitik ist zudem die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen besonders relevant, da das Übereinkommen eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik schafft. Deutschland hat die UNESCO-Konvention 2007 ratifiziert und gehört zu ihren stärksten Befürwortern.

Der geschäftsführende Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. bedauert den Schritt der USA und Israels, dieses wichtige Forum internationaler Kulturzusammenarbeit zu verlassen. Gleichwohl räumt er Reformbedarf ein. Reformen bedürfen aber des Miteinanders, auch in schwierigen Zeiten. Einseitige Rückzüge schaden der Staatengemeinschaft. Große Hoffnung setzt die Kulturpolitische Gesellschaft in Audrey Azoulay, die die UNESCO künftig führen soll.

Dr. Tobias J. Knoblich, Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, sagte dazu im Interview mit dem Südwestrundfunk: »Die UNESCO will und soll alle Staaten der Welt vertreten. Sie ist ein wichtiger Lern- und Kommunikationsraum, der durch den Austritt dieser Staaten geschwächt wurde. Wir bedauern dies sehr und sehen Prozesse des Rückzugs und der Renationalisierung mit großer Sorge. Kulturpolitik transportiert immer auch Bilder von Gemeinschaft: progressiv-öffnende, aber leider zunehmend wieder regressiv-ausschließende. Kulturschaffende werden vielerorts bevormundet und in ihrer Kritikfähigkeit beschnitten. Die UNESCO muss ihre Kraft wiedererlangen, sie ist völkerrechtlich und als diplomatische Plattform unverzichtbar.«

Bonn, 13.10.2017

Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt
Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur, Kulturdezernent a.D.

Vizepräsidenten

Dr. Tobias J. Knoblich
Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt

Prof. Dr. Birgit Mandel
Professorin für Kulturmanagement und Kulturvermittlung, Universität Hildesheim

Schatzmeister

Kurt Eichler
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Beisitzer

Andreas Bialas, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW

Ferenc Csák
Amtsleiter des Kulturbetriebes der Stadt Chemnitz

Siegfried Ehrmann, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag

Carmen Emigholz
Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Prof. Dr. Andrea Hausmann
Professorin für Kulturmanagement, Europa-Universität Viadrina

Bernd Hesse
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V.

Adil Kaya
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst & Kultur Nürnberg International e.V.

Achim Könneke
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im Breisgau

Prof. Dr. Julia Lehner
Berufsmäßige Stadträtin, Kulturdezernentin der Stadt Nürnberg

Eva Leipprand
Bundvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS)

Dr. Hagen W. Lippe-Weißfeld
Kaufmännischer Direktor und Vorstand der Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen a.D.

Friederike Menz
Dipl. Kulturwissenschaftlerin, Hochschule Ostwestfalen-Lippe

Daniela Rathe
Leiterin Politik und Außenbeziehungen Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG

Dr. Dieter Rossmeißl
Berufsm. Stadtrat für Bildung, Kultur und Jugend der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW

Geschäftsleitung

Dr. Norbert Sievers
Barbara Neundlinger

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Köln
BIC: BFSWDE33
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00